

GESETZSVORSCHLAG GEGEN RECHTSEXTREME „BILDUNGSARBEIT“



Wir brauchen einen Demokratie-TÜV für politische Stiftungen

- Bildungsstätte Anne Frank fordert Rechtsgrundlage für die politische Bildung des Bundes
- Volker Beck und Meron Mendel legen Vorschläge für eine gesetzliche Regelung der politischen Stiftungen und der Bildungsarbeit des Bundes vor
- „Die Demokratie ist nicht in der Pflicht, ihre Feinde zu fördern, im Gegenteil“, sagt Meron Mendel



bildungsstätte
anne frank

Die Bildungsstätte Anne Frank und der Demokratie-Experte Volker Beck stellen heute im Rahmen einer Online-Presskonferenz das „Eckpunktepapier für ein ‚Wehrhafte-Demokratie-Gesetz‘“ vor, das die politische Bildung des Bundes und vor allem die Förderung der Parteistiftungen auf eine gesetzliche Grundlage stellen soll.

Kommt es zu keiner solchen Regelung, warnen die Experten vor schwerwiegenden Folgen für die Demokratie: Nach der Bundestagswahl müsste der demokratische Verfassungsstaat eine politische Stiftung finanzieren, die verfassungsfeindliche Positionen vertritt und somit gar nicht fähig ist, die Aufgabe politischer Bildung zu erfüllen – nämlich die Grundprinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung in der Bevölkerung zu verankern.

Ziel der Gesetzesinitiative ist deshalb, die millionenschwere Förderung der AfD-nahen Desiderius Erasmus-Stiftung aus Steuermitteln nach der Wahl zu verhindern. **„Der wehrhafte demokratische Staat muss und kann es nicht hinnehmen, wenn seine eigenen Mittel dazu verwendet werden, die Grundprinzipien der Verfassung verächtlich zu machen“**, so Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte. „Die demokratischen Parteien müssen sich entschieden denjenigen entgegenstellen, die diese Grundordnung zerstören wollen. Wir haben die juristischen Mittel erarbeitet, die ihnen dafür – wie beim TÜV – ein Überprüfungsinstrument in die Hand geben.“

Rechts- und Demokratieexperte und langjährige ehemalige Abgeordnete **Volker Beck ergänzt**: „Es wird immer wieder behauptet, der Bund habe keine andere Wahl, als eine offenkundig verfassungsfeindliche Organisation mit Steuergeld zu fördern. In unserem Eckpunktepapier haben wir klar dargelegt, dass eine konsequente Verpflichtung der Parteistiftungen auf die Grundprinzipien des Grundgesetzes möglich und geboten ist.“

Auch der Göttinger Rechtswissenschaftler Hans Michael Heinig, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht, begrüßt die Gesetzesinitiative: „In Deutschland besteht schon lange dringender Bedarf an einem Gesetz, das die Vergabe staatlicher Mittel für Parteistiftungen regelt. Die Gesetzesinitiative der Bildungsstätte Anne Frank setzt als Kriterium den aktiven Einsatz politischer Stiftungen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Nur über eine solche klare Regelung der Vergaberichtlinien können wir effektiv verhindern, dass der Verfassungsstaat Stiftungen finanzieren muss, deren Wirken mit den Zielen demokratischer Bildungsarbeit in Widerspruch steht.“

Vorausgegangen waren dem Papier die eindringlichen Warnungen der Bildungsstätte vor den Umtrieben der Erasmus-Stiftung, die nach der Bundestagswahl im Herbst möglicherweise Anspruch auf Millionen aus Steuermitteln hätte. Unter dem Motto „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ hatte die Bildungsstätte zuletzt über das Personal der Stiftung unter dem Vorsitz der ehemaligen Präsidentin des Bunds der Vertriebenen Erika Steinbach aufgeklärt.

„Die DES agiert mitten im rechts-braunen Geflecht der Neuen Rechten. In der Führungsriege geben sich ranghohe Vertreter des rechtsextremen ‘Instituts für Staatspolitik’ des Verlegers Götz Kubitscheck, Rassentheoretiker, Homo-Feinde und Verschwörungstheoretiker die Klinke in die Hand“, sagt Mendel. „Erika Steinbach hat die Hetze gegen Walter Lübcke mit angefeuert und zog Vergleiche

zwischen AfD-Mitgliedern und verfolgten Juden. Die Vorstellung, dass der Bund derartige Personen mit Geldern für die politische Bildung betraut, ist unerträglich.“

„Als Kernaufgabe von Parteistiftungen gilt gemeinhin die ‚politische Bildung‘ als die ‚Verankerung der Demokratie‘ in der Gesellschaft“, betont Volker Beck. „Das Ziel politischer Bildung muss es sein, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und auch zu verteidigen. Unsere Gesetzesinitiative beinhaltet die regelmäßige Überprüfung der Aktivitäten von Stiftungen. Wer nicht demokratie-tauglich ist, muss aus dem Verkehr gezogen werden!“

Hinweis für die Berichterstattung:

Das **Eckpunktepapier für ein ‚Wehrhafte-Demokratie-Gesetz‘** kann auf der Website der Bildungsstätte abgerufen werden:

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Downloads/Wehrhafte_Demokratie_Vollversion.pdf

Live-Talk auf Youtube: „Wie können wir die AfD-Stiftung stoppen?“. Mit **Volker Beck, Meron Mendel** und **Max Uthoff**. Moderation: **Eva Berendsen**.

Donnerstag, 22. April, 18.30 Uhr

www.youtube.com/c/BildungsstaetteAnneFrank

Im **Kampagnenvideo** warnen Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft und Kultur vor der DES – u.a. der ehem. CDU-Generalsekretär **Ruprecht Polenz**, die ehemalige **Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete**, der **Kabarettist Max Uthoff (Die Anstalt)**, die **deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld** und **Christoph Lübcke**, Sohn des ermordeten CDU-Politikers vor der DES.

www.youtube.com/c/BildungsstaetteAnneFrank

Das Video und weitere **Hintergrundinformationen zur Erasmus-Stiftung** sind auf der Website abrufbar:

www.stiftungstrick-der-afd.com

Social-Media-Posts zur Kampagne veröffentlicht die Bildungsstätte Anne Frank auf Facebook, Twitter und Instagram unter den Hashtags **#DerStiftungstrick**, **#VorsichtVölkischeBildung**, **#NoAfDStiftung** und **#KeinSteuergeldFürHass**

@bildungsstaette.anne.frank (Facebook)

@BS_AnneFrank (Twitter)

@bsannefrank (Instagram)

Das Themenheft „Wie die Rechten die Geschichte umdeuten“ mit Beiträgen von Volker Weiß, Natascha Strobl, Martin Steinhagen, Tim Wolff, Max Czollek und Stella Hindemith u. a. ist als pdf-Version online abrufbar:

www.bs-anne-frank.de/revisionismus/

Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

#Stiftungstrick

#NoAfDStiftung

Eva Berendsen

Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 -232

M. eberendsen@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main